



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 23. März 2018

Band 12, Ausgabe 6

Themen

- Europa
- Umwelt
- Inneres
- Ernährung

«Sollte der Finanzminister einige Millionen übrig haben am Ende des Jahres, würde ich Ihnen gerne ein Freilichtmuseum spendieren für hundert Jahre gescheiterter realer Sozialismus.»

(Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im Bundestag an die Adresse der Linken)

In dieser Ausgabe:

- Deutschlands Zukunft in der EU 2
- Diesel und Desinformation 2
- Regierungserklärung und Generalaussprache 3
- Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss 3
- Aus der Fragestunde 3
- Ernährung und Landwirtschaft 4

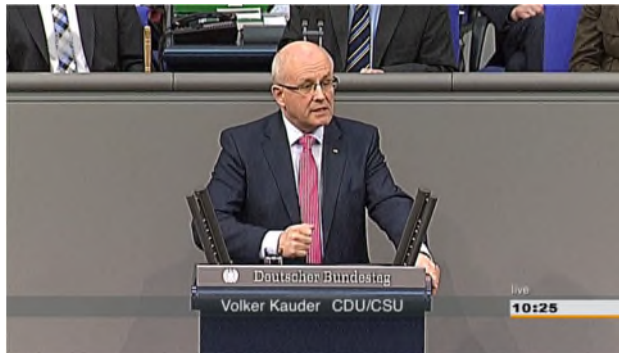
Die Bundesregierung nimmt Arbeit auf

In der vergangenen Woche ist Angela Merkel zum vierten Mal in das Amt der Bundeskanzlerin gewählt worden, das neue Bundeskabinet ist vereidigt. Wir werden nun keine Zeit verlieren und mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages beginnen. Wir werden darauf achten, dass die für die Bürger und Unternehmen wichtigen Vorhaben zügig angegangen werden.

Dazu zählt vor allem der Bundeshaushalt 2018, den wir im Frühjahr beraten und vor der parlamentarischen Sommerpause verabschieden wollen. Wir streben dabei insbesondere in drei Feldern konkrete Fortschritte an: im Ausbau der Infrastruktur, in der Unterstützung von Familien und in der weiteren Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Land.

Um in allen Regionen und vor allem in ländlichen Räumen Anschluss an die Zukunft zu halten, werden wir die Breitbandversorgung

und damit das schnelle Internet zielstrebig und mit Macht ausbauen. So



Quelle: Deutscher Bundestag

legen wir eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, aber auch für ein modernes Leben in unserem Land. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Versorgung der Schulen. Der Bund wird die Länder mit dem Digitalpakt Schule dabei unterstützen, Schüler so besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorzubereiten. Die Digitalisierung der Gesellschaft ist das große Zukunftsprojekt dieser Koalition.

Wichtig ist uns eine rasche Unterstützung und Entlastung von Familien. Mit der Einfüh-

rung des Baukindergeldes soll es jungen Familien erleichtert werden, eigenen Wohnraum zu erwerben. Mit einer Erhöhung des Kindergeldes unterstützen wir sie in der Zeit, in der sie dies am dringendsten benötigen. Und mit der Einführung eines Rechtsanspruchs

auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir helfen damit den Familien ganz konkret in ihrem Lebensalltag.



Oben auf der Liste der nun anzugehenden Fragen steht auch unser Einsatz für mehr innere Sicherheit. Dabei kommt dem Pakt für den Rechtsstaat eine Schlüsselrolle zu. Damit schaffen Bund und Länder 15.000 Stellen bei der Polizei und den Sicherheitskräften sowie 2.000 Stellen bei der Justiz – so können Straftaten schneller aufgeklärt und Täter auch umgehend vor Gericht gestellt werden.

Deutschlands Zukunft in der EU

Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates Ende dieser Woche stehen traditionell Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs werden sich darüber hinaus mit einer Reihe weiterer drängender Fragen beschäftigen, darunter Steuern und Außenpolitik.

Der Gipfel findet in einem schwierigen internationalen Umfeld statt, das u.a. von einem Giftgasangriff in Großbritannien, dem Brexit sowie handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den USA geprägt ist.

Obwohl sich Teile Europas wirtschaftlich von der Krise etwas erholt haben, werden in großen Teilen insbesondere

wirtschaftlich schwächerer Länder notwendige Reformen verzögert, setzen einige Länder sogar offen mehr auf Hilfe durch wirtschaftlich stärkere Volkswirtschaften als auf eigene Anstrengungen.



Vor diesem Hintergrund beraten die Vertreter im Format des Eurogipfels, also der 19 Staaten, die den Euro als Währung haben, über die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion.

Entscheidend dabei ist für uns, die Wettbewerbsfähigkeit im eigenen Land wie der EU insgesamt zu verbessern. Die Verantwortung dafür liegt bei den Mitgliedstaaten:

"Haftung und Kontrolle müssen immer Hand in Hand gehen", betont Kanzlerin Dr. Angela Merkel und plädiert für eine "Gesamtarchitektur der Eurozone". Inwieweit sich dieses Prinzip in den Entscheidungen im Juni -parallel zur Fußball WM - widerspiegeln wird, wo es auch um ein gemeinsames Asylsystem gehen soll, bleibt insbesondere mit kritischem Blick auf die aktuellen Vorschläge des französischen Ministerpräsidenten für die EU-Zukunft abzuwarten.

Diesel und (Des-)Information

Vergangene Woche hatte ich die Bundesregierung gefragt, ob sie Meldungen bestätigen könne, wonach zumindest ein Teil der Messstationen, an denen in der jüngeren Vergangenheit erhöhte Stickoxidbelastungen gemessen wurden, den für Messstationen geltenden Vorschriften des BImSchG nicht genügen, und welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wolle, um zumindest zukünftig eine regelkonforme Erhebung solcher Messwerte zu gewährleisten.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort jedwede Verantwortung für die regelkon-

forme Erhebung der Messwerte verneint und darauf verwiesen, dass die geltenden Regeln für Messstationen mit EU-Recht konform seien.

(http://www.gesetze-im-internet.de/bimschv_39/anlage_3.html)



Bezüglich der Messungen läge die Verantwortung jedoch einzig bei den Bundesländern:

„Die Überwachung der Luftqualität liegt in der Zuständigkeit der Behörden der Länder. Das Bayerische Landesamt für Umwelt hat zu dem

in Ihrer Frage zitierten Artikel dargelegt, dass nach seiner Einschätzung die Messungen in München den europarechtlich in der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa vereinheitlichten Rege-

lungen entsprechen und repräsentativ sind.“

(www.merkur.de/wirtschaft/schadstoffwert-e-in-muenchen-sind-messstationen-falsch-platziert-9671855.html)

Es erstaunt mich, wenn die Bundesregierung anscheinend regelwidrig erhobene Messdaten zur Grundlage für eigene Handlungsempfehlungen und eigenes Handeln macht. Noch mehr erstaunt mich jedoch, dass ich bislang weder aus München, Stuttgart oder anderen Landeshauptstädten etwas von Initiativen der jeweiligen Landesregierungen für eine ordentliche Messung von Luftschadstoffen mitbekommen habe. Ich werde mich diesbezüglich mit meinen Landtagskollegen in Verbindung setzen, um Schaden von Autobesitzern abzuwenden.

Regierungserklärung und Generalausprache

In einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin dem Deutschen Bundestag in dieser Woche die Schwerpunkte und Leitlinien der vierten von ihr geführten Bundesregierung dargelegt.

In der darauffolgenden Gene-

ralausprache schlossen sich von Mittwoch bis Freitag Ausprachen zu allen Ressorts an.

Auch die neuen Bundesminister haben ihre Prioritäten und wichtigsten Themen in den einzelnen Politikfeldern vorgestellt. Im Plenum des Deut-

schen Bundestages wurde jedes Politikfeld mit den geplanten Vorhaben und Schwerpunktsetzungen kontrovers debattiert. Auf der nächsten Seite finden Sie eine Übersicht zu den Vorhaben im Bereich Ernährung und Landwirtschaft.

Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss

Seit Mittwoch dieser Woche bin ich neuer Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA). Darauf verständigten sich meine Kollegen im Haushaltsausschusses. Ich übernehme die Nachfolge von Norbert Brackmann, der aus dem Ausschuss ausgeschieden ist.

Heute morgen ab 7:30 Uhr leitete ich bereits zum ersten Mal die Ausschusssitzung.



Dem Rechnungsprüfungsausschuss gehören 17 Mitglieder an, die zugleich auch Mitglieder

bzw. stellvertretende Mitglieder des Haushaltsausschusses sind. Ist der Haushaltsausschuss vor allem für die Bewilligung der Mittel zuständig, so vollzieht der Rechnungsprüfungsausschuss den Vollzug der Ausgaben nach, prüft die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes und bereitet die Entlastung der Bundesregierung durch das Plenum des Deutschen Bundestages auf der Grundlage der Bemerkungen des Bundesrechnungshofes vor.

Aus der Fragestunde

Diese Woche hatte ich die Bundesregierung auch nach der Ausdifferenzierung von Sprachkursen für Zugewanderte gefragt, so dass motivierte und/oder besonders begabte Teilnehmer bzw. unmotivierte und/oder weniger begabte Teilnehmer getrennt unterrichtet werden, um durch entsprechend zugeschnittene Unterrichtsangebote den unterschiedlichen Personengruppen jeweils einen möglichst zügigen und erfolgreichen Integrationsfortschritt zu ermöglichen.

Die Bundesregierung hat in ihrer ausführlichen Antwort dargestellt, das eine breite Palette von Integrations- und Berufssprachkursen angeboten

wird. Neben dem allgemeinen Integrationskurs, speziellen Integrationskursen für Analphabeten, Zweitschriftler, Jugendliche, Frauen und Eltern gibt es Kurse für Personen mit guten Lernvoraussetzungen bzw. mit besonderem sprachpädagogischen Förderbedarf. Aufbauend auf einem Einstufungstest ermitteln Kursträger die passende Kursarten und Kursniveaus.

Die Berufssprachkurse bauen auf den Integrationskursen auf und dienen dem weiteren Spracherwerb ab dem einfachen Standardsprachniveau. Wer dieses Sprachniveau im Integrationskurs nicht erreicht, kann spezielle Sprachkurse belegen.

Zudem gibt es Spezialmodule für bestimmte Berufsgruppen und mit gezielt fachspezifischen Inhalten.

Für die Integrationskurse wird derzeit eine soziale Begleitung erprobt, die die Kursteilnehmer auf dem Weg zum Lern- und Integrationserfolg unterstützen und Lern- und Motivationsproblemen begegnen soll. Im Rahmen der Berufssprachkurse wird eine sozialpädagogische Begleitung für die berufsfeldübergreifenden Kurse angeboten. Außerdem prüft die Bundesregierung derzeit, inwieweit eine noch stärkere Kursdifferenzierung angeboten werden kann.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Dort, wo Grenzen überschritten, Regeln missachtet oder Gesetze gebrochen werden, gilt für mich: Null Toleranz. Null Toleranz gibt es für mich auch bei Hassparolen und Gewalt gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen.»

(Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU, am Freitag bei seiner Regierungserklärung im Bundestag)

Ernährung und Landwirtschaft

Die Themen, die uns gemäß Koalitionsvertrag in den nächsten Jahren beschäftigen werden, sind vielfältig. Dazu zählen die Zukunft der ländlichen Regionen, eine moderne und wettbewerbsfähige Lebensmittelerzeugung im eigenen Land zu erhalten sowie die Verbesserung des Tier- und Umweltschutzes. Es ist uns ebenso wichtig, ernährungsbedingte Krankheiten zu bekämpfen, die Wertschätzung für Lebensmittel zu erhöhen und den gesundheitlichen Verbraucherschutz zu stärken.

Rund die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland lebt auf dem Land. Die ländlichen Regionen sind wichtige Wirtschaftsräume und tragen so maßgeblich zur Wirtschaftskraft Deutschlands bei. Wir wollen lebenswerte und attraktive ländliche Räume. Mit gezielten Investitionen eines neuen Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“ arbeiten wir an der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Damit nehmen wir die Herausforderungen der Demographie und der Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen in den Blick.

Für den sozialen Zusammenhalt auf dem Land sorgen die vielen Ehrenamtlichen in Verbänden, Vereinen und Kirchen. Wir setzen uns da-

für ein, dass die ehrenamtliche Arbeit noch mehr Anerkennung erfährt und stärker unterstützt wird. Dazu werden wir die bestehenden Regelungen vereinfachen, den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und das Gemeinnützigkeitsrecht weiter verbessern. Zudem sollen Verbände, Vereine und Stiftungen auf konkrete Hilfestellung durch eine Ehrenamtsstiftung oder Service-Agentur zurückgreifen können.

Lebensmittel sind in Deutschland heute vielfältig, hochwertig, preiswert und sicher wie noch nie. Moderne Land- und Ernährungswirtschaft soll auch in Zukunft in Deutschland erfolgreich sein können. Deshalb werden wir die gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft aufgreifen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Betriebe nicht außer Acht lassen.

Wir wollen eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich-unternehmerische, familiengeführte und regional verwurzelte Landwirtschaft. Zugleich müssen unsere Produkte am Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Die europäische Agrarpolitik soll neben der notwendigen Einkommensstabilisierung noch besser auf den Tier-, Natur- und Klimaschutz ausgerichtet werden.

Mit einer Ackerbaustrategie

werden wir den umwelt- und naturverträglichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln regeln und insbesondere glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel deutlich einschränken. Zugleich setzen wir auf zügige Zulassungsverfahren - auch durch zusätzliches Personal. Die Ackerbaustrategie werden wir gemeinsam mit den Landwirten erarbeiten und mit den Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität und von Insekten verbinden. Beim Grünlandumbruch werden wir Verbesserungen im Sinne der Umwelt und der Landwirte finden.

Deutschland nimmt schon heute beim Tierschutz eine Spitzenposition ein. Für die Zukunft entwickeln wir eine nationale Nutztierstrategie und schließen Lücken im Tierschutz. Wir schaffen ein mehrstufiges staatliches Tierwohllabel, um Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, besonders tierschutzgerechte Produkte honorieren zu können.

Wir wollen von staatlicher Seite einen gesunderhaltenden Lebensstil vorgeben. Eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln kann dazu beitragen. Noch wirksamer ist jedoch in Schulen, Kitas und Kantinen die Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, eines in Bonn ansässigen Vereins mit nationalsozialistischem Vorgänger, als Mindeststandards zu etablieren.